



1 **Antrag 1 zur MV am 7.7.2022: Positionspapier**

2 **Kinderrechte in Bremen – echte Beteiligung jetzt**
3 **umsetzen!**

4 **Antragsteller: Vorstand**

5

6 In Bremen und Bremerhaven leben über 100.000 Kinder und Jugendliche. Sie alle haben
7 besondere Bedürfnisse bezogen auf ihre Förderung, ihren Schutz, ihre Mitbestimmung und ihre
8 Entwicklung. Dementsprechend gibt es spezielle Rechte für Kinder und Jugendliche. Nur knapp
9 ein Viertel der jungen Menschen in Bremen hat schon mal etwas von den Kinderrechten gehört.
10 Doch nur wenn Kinder und Jugendliche ihre Rechte kennen, können sie die Verwirklichung
11 dieser Rechte einfordern. Auch vielen Erwachsenen sind die Kinderrechte unbekannt. Daher
12 benötigt es auch deren Sensibilisierung und die Schaffung einer offenen, akzeptierenden
13 Haltung auf Seiten der Erwachsenen, um die Chancen der Umsetzung der Kinderrechte zu
14 erhöhen.

15 Die Verwirklichung der Rechte von Kindern und Jugendlichen ist eine Pflichtaufgabe von Bund,
16 Ländern und Kommunen. Die Neufassung der Bremischen Landesverfassung vom Mai 2021
17 trägt dieser Tatsache Rechnung und beinhaltet neben den Schutz- und Förderrechten auch das
18 Recht auf Berücksichtigung des Kindeswohls und das Recht auf Beteiligung. Daraus ergibt sich
19 die staatliche Verpflichtung, das Wohl des Kindes bei allen Maßnahmen, die junge Menschen
20 betreffen, als einen wesentlichen Faktor und Prüfstein in die Entscheidungs- und
21 Abwägungsprozesse einzubeziehen und allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu
22 garantieren, in den sie betreffenden Angelegenheiten gehört zu werden.

23 Die Verankerung von Kindeswohlorientierung und der Beteiligungsrechte von Kindern und
24 Jugendlichen in der Bremischen Landesverfassung ist ein guter und wichtiger Schritt in eine
25 zukunftsorientierte Gesellschaft, die die Interessen und Sorgen junger Menschen ernst nimmt.
26 Auf dieser Basis bauen wir als Kinderschutzbund Bremen unsere Angebote und
27 Interessensvertretung auf und rufen alle auf, dies ebenfalls zu tun.

28

29 **Vom Wort zur Tat: Wie sieht es in der Praxis mit der Orientierung am Kindeswohl und der**
30 **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Bremen aus?**

31 Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf ein **beschütztes Aufwachsen, auf Förderung und**
32 **auf gewaltfreie Erziehung**. Sichere Bindungen, verlässliche Bezugspersonen und tragfähige
33 Beziehungen sind die Grundlage für eine gute, gesunde Entwicklung. Aktuell beobachten wir
34 jedoch vermehrt, dass und wie sich die Situation vieler Kinder und Jugendlicher in Bremen
35 verschlechtert hat, wie das familienunterstützende System von Kita und Schule,
36 Freizeitangeboten und Angeboten des Jugendamtes überlastet ist. Durch die besonderen
37 Belastungen in der Pandemie, die hohe Armutsquote bei Familien und Alleinerziehenden und
38 existenzielle Sorgen treten vermehrt Konflikte und psychische und physische Gewalt in den
39 Familien auf. Auch auf die besonderen Bedarfe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung
40 oder Traumatisierung aufgrund von Kriegs- und Fluchterfahrungen kann in dieser angespannten
41 Lage oft nicht ihnen angemessen reagiert werden. Um all diesen Kindern und Jugendlichen



42 gerecht zu werden bedarf es mehr denn je ihrer Unterstützung und der Vernetzung aller
43 Beteiligten.

44 Unsere Erfahrung aus der konkreten Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zeigt: Kinder- und
45 **Beteiligungsrechte** werden auch in Bremen oft verletzt. Die Betroffenen berichten von eigenen
46 Ohnmachtserfahrungen und Situationen, in denen ihre Rechte von Erwachsenen missachtet und
47 übergangen wurden - sowohl im privaten Umfeld als auch in öffentlichen Einrichtungen. Das
48 reicht vom Probierzwang beim Essen über das ungefragte Lesen des Tagebuchs, über Strafen für
49 das Sprechen in der kulturellen Erstsprache in der Schule bis hin zur Nichtbeachtung deutlicher
50 Forderungen nach einer zukunftsfähigen Strategie zum Schutz des globalen Klimas. Gerade zu
51 Beginn der Corona-Pandemie wurden junge Menschen bei Entscheidungen weitestgehend
52 außen vor gelassen und auch im weiteren Verlauf wurden ihre Wünsche und Bedürfnisse nicht
53 ausreichend gehört. Doch gerade die Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung hatten einen
54 weitreichenden Einfluss auf das Alltagsleben der Kinder und Jugendlichen. Dies betrifft ebenso
55 die existentiellen Auswirkungen der globalen Klimakrise und des Kriegs in Europa. Auf der
56 individuellen Ebene der Betroffenheit, wie bspw. in der Jugendhilfe oder in Gerichtsverfahren
57 fehlt die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen noch an vielen Stellen. So finden
58 Hilfeplangespräche oft ohne eine zufriedenstellende Beteiligung der betroffenen Kinder statt, in
59 der sie ihre Bedürfnisse und ihre Sichtweise angstfrei formulieren können.

60 Diese Beispiele zeigen: ein großer Teil der jungen Menschen fühlt sich nicht ernst genommen,
61 unzureichend beteiligt und in ihren Ängsten und Sorgen nicht ausreichend wahrgenommen.

62 Das gilt insbesondere auch für diejenigen, die aufgrund von Behinderung, Armut oder Herkunft
63 noch häufiger von Rechtsverletzungen betroffen sind und deshalb besonderer Aufmerksamkeit
64 bedürfen.

65
66

67 **Als Kinderschutzbund Bremen sehen wir folgenden Handlungsbedarf um die Kinderrechte in**
68 **Bremen wirksam umzusetzen:**

69

70 1. Kinder und Jugendliche, die ihre Rechte kennen, die nach ihrer Meinung gefragt werden,
71 die die Möglichkeit haben, ihre eigenen Wünsche und Ideen einzubringen, die wissen,
72 an wen sie sich wenden können, wenn sie Hilfe brauchen, sind besser vor Gefahren und
73 Verletzung ihrer Rechte geschützt, werden in ihrer Entwicklung gestärkt und haben
74 Chancen zur sozialen Teilhabe. Es braucht eine eigenständige **Anlaufstelle für die**
75 **Kinderrechte** in Bremen, an die sich Kinder, Jugendliche, Eltern, Fachkräfte und alle
76 interessierten, engagierten Personen wenden können. Kindern und Jugendlichen
77 können dort Wissen über die Jugend- und Kinderrechte vermittelt und ihnen
78 Handlungsoptionen zur Umsetzung und bei Verletzungen ihrer Rechte aufgezeigt
79 werden.

80

81 2. Es geht uns um eine gesamtgesellschaftliche **kinderrechtsbasierte Haltung**. Denn
82 „alles“ Handeln hat Auswirkungen auf die Lebensrealität der Kinder und Jugendlichen.
83 Erwachsene müssen sensibilisiert werden, über ihren Machtgebrauch nachzudenken,
84 Macht zu teilen und entsprechend dem Alter und der Reife der Kinder/Jugendlichen
85 Kontrolle abzugeben. Kinder und Jugendliche brauchen Erwachsene, die sie
86 wertschätzen, die „mit ihnen“ und nicht „für sie“ denken. Deshalb sind Erwachsene,



- 87 die sich sowohl in ihrem professionellen Wirken als auch im persönlichen Handeln für
88 die Rechte und Belange von Kindern und Jugendlichen einsetzen, so wichtig.
89 **Qualifizierungsangebote** für Verwaltungsmitarbeitende, Richter*innen, Fachkräfte
90 (Lehrkräfte, Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen...), stärken eine kinderrechtsbasierte
91 Haltung und vermitteln Wissen und Kompetenzen für die Umsetzung.
92
- 93 3. Darüber hinaus braucht es **gute und krisenfeste Beteiligungsstrukturen** in Schulen, in
94 Betreuungs- und Freizeiteinrichtungen, in Sportvereinen und im Gesundheitswesen,
95 also überall dort, wo Kinder und Jugendliche einen Großteil ihrer Zeit, ihres Alltags
96 verbringen. Es braucht ebenfalls niedrigschwellige und funktionierende
97 Beschwerdeverfahren sowie (interne und externe) Ansprechpersonen, an die sich
98 Kinder und Jugendliche wenden können, wenn sie sich in ihren Rechten verletzt sehen.
99
- 100 4. Die Bremische Politik ist daran zu messen, wie Kinder und Jugendliche als Expert*innen
101 in eigener Sache ernst genommen und folglich auch einbezogen werden. Dazu benötigt
102 das Land ein **zielgerichtetes Konzept mit konkreten Handlungsvorgaben und**
103 **Maßnahmen für Politik und Verwaltung**. Planungsprozesse sollen kindgerecht
104 gestaltet, in Planungsverfahren Kinderinteressen mitgedacht und die Perspektive von
105 jungen Menschen einbezogen werden. Die vorhandene Interessenvertretung von
106 Kindern und Jugendlichen sollte gestärkt und ausgebaut werden (z.B. GSV,
107 Jugendverbände, Jugendbeiräte,...). Eine verlässliche Beteiligungsstruktur ersetzt
108 „Befragung“ zufällig ausgewählter junger Menschen. Wirksame politische Partizipation
109 von Kindern und Jugendlichen bedeutet darüber hinaus die Senkung des Wahlalters auf
110 14 Jahre, denn es geht um ihre Zukunft.
111
- 112 5. An vielen Stellen **sind individuelle niedrigschwellige Beteiligungsangebote** für Kinder
113 und Jugendliche notwendig. Individuelle Barrieren der Teilhabe und Mitwirkung
114 gehören abgebaut. Dies kann bspw. durch entsprechend geschulte
115 Sprachmittler*innen, durch die Erklärung komplexer Themen in einfacher
116 (kindergerechter) Sprache, durch Zuhören und ernst nehmen der Sichtweisen und
117 Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen in Hilfeplanverfahren im Jugendamt, bei der
118 Befragung von Kindern durch die Justiz umgesetzt werden. Gut erreichbare und
119 kostenfreie Beratungs- und Unterstützungsangebote, die sich an der Lebenswirklichkeit
120 der Kinder und Jugendlichen orientieren, können Kinder und Jugendliche stärken und
121 stützen.
122

123 *Ggf.: Dieses Positionspapier wurde am 07.07.2022 von der Mitgliederversammlung des*
124 *Kinderschutzbundes Bremen verabschiedet.*

125

126 Der Deutsche Kinderschutzbund Landesverband Bremen e.V. gestaltet seit über 65 Jahren den Kinderschutz in Bremen aktiv mit.
127 Der Kinderschutzbund ist Träger des Kinderschutz-Zentrums, des Gewaltpräventionsprojektes „Kindernot braucht Lösungen“ in
128 Schulen, des Jugend- und Kinderrechtbüros und des Kursprogramms „Starke Eltern – Starke Kinder“. Zudem ist er im Rahmen des
129 Bremer Kinderschutzkonzeptes Partner für den Begleiteten Umgang und das Kinder- und Jugendschutztelefon. Mit engagierten
130 hauptberuflichen und ehrenamtlichen Mitarbeitenden leistet der Bremer Kinderschutzbund eine wichtige Aufgabe zur Teilhabe und
131 zum Schutz von benachteiligten Kindern, Jugendlichen und Familien. Zugleich mischt er sich aktiv in die fachpolitische Diskussion
132 ein und fordert die Rechte der Kinder ein.

133